

H08-F

FuR

Familie und Recht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Robert Battes
 Prof. Dr. Peter Derleder
 Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell
 Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz
 Dr. Gisela Niemeyer
 Walter Schellhorn
 Prof. Dr. Dr. h. c. Wilfried Schlüter

Beirat

Reglindis Böhm
 Dr. Gerd Brudermüller
 Michael Klein
 Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit
 Jutta Puls
 Prof. Dr. Walter Rolland
 Dr. Schmitz-Valckenberg
 Prof. Dr. Klaus A. Schneewind
 Dr. Manfred Wienand
 Siegfried Willutzki
 Prof. Dr. Gisela Zenz

Praxis:

Beiträge

Prof. Dr. Michael Coester
 Neues Familiennamensrechtsgesetz

Dipl.-Psych. Dr. Rainer Balloff
 Anhörung des Kindes
 in Familiensachen

Wolfgang Haase/
Dipl.-Psych. Dr. Joseph Salzgeber
 Interdisziplinäre Kooperation
 in Familiensachen

Bernhard Klose
 Rechtsprechung zu § 1300 BGB
 in der Bundesrepublik und der
 früheren DDR

Empfehlungen des 10. Deutschen Familiengerichtstages

Rechtsprechung

Rechtsprechungsübersicht

Informationen

Veranstaltungshinweise

Rezensionen

RiOLG Dr. Gerd Brudermüller
 Rechtsschutz gegen den Partner bei
 gemeinsamer Miete der Wohnung

Familie und Recht
5. Jahrgang
Februar 1994
ISSN 0937-2180

1.94

Seite 1-64

Herausgeber: Dr. Gisela Niemeyer (geschäftsführend), Marienburger Str. 21, 53119 Bonn; Walter Schellhorn (geschäftsführend), Kastanienstr. 24, 61476 Kronberg; Prof. Dr. Robert Battes, Bonn; Prof. Dr. Peter Derleder, Bremen; Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell, München; Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz, Oldenburg; Prof. Dr. Dr. h. c. Wilfried Schlüter, Münster

Beirat: Reglindis Böhm, Präsidentin des Landgerichts Kassel; Dr. Gerd Brudermüller, Richter am Oberlandesgericht/Bundesministerium der Justiz; Michael Klein, Rechtsanwalt; Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a. D. (Hamburg); Jutta Puls, Richterin am Oberlandesgericht Hamburg; Prof. Dr. Walter Rolland, Universität Halle/Rechtswissenschaftliche Fakultät; Dr. Walter Schmitz-Valckenberg, Notar; Prof. Dr. Klaus A. Schneewind, Universität München; Dr. Manfred Wienand, Geschäftsführer des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; Siegfried Willutzki, Direktor des Amtsgerichts Brühl; Prof. Dr. Gisela Zenz, Universität Frankfurt/Fachbereich Rechts- und Erziehungswissenschaften.

BEITRÄGE

Prof. Dr. Michael Coester

- 1** Das neue Familiennamensrecht

Dipl.-Psych. Dr. Rainer Balloff

- 9** Ist die Anhörung des Kindes in Familiensachen zeitgemäß?

Familienrichter Wolfgang Haase

Dipl.-Psych. Dr. Joseph Salzgeber

- 16** Interdisziplinäre Kooperation in Familienkonflikten – Unter Berücksichtigung der Erfahrungen eines Arbeitskreises am Amtsgericht München

Priv.-Doz. Dr. Alfred Du Chesne

Prof. Dr. Bernd Brinkmann

- 22** Effektuierte Abstammungsbegutachtung

Bernhard Klose

- 27** Die Rechtsprechung zu § 1300 BGB in der Bundesrepublik und der früheren DDR

AKTUELLES

- 30** Empfehlungen des 10. Deutschen Familiengerichtstages

PRAXIS

RIOLG Dr. Gerd Brudermüller

- 35** Zum Rechtsschutz gegen den Partner bei gemeinsamer Miete der Wohnung

RECHTSPRECHUNG

KG

- »Sorgerechtsentscheidungen des FamG, Zuständigkeit bei nicht nur vorübergehender – später aufgehobener – Trennung; Voraussetzungen der Aufhebung«
37 mit Anmerkung Kemper

BVerfG

- »Besteuerung auf Grundlage des Einheitswertes«
39 zusammengefaßt von Niemeyer

BVerfG/BFH

- »Kinderfreibetragsregelung grundrechtswidrig?«
42 mit Anmerkung Herdan

BVerfG

- »Schutz des Arbeitssuchenden vor Benachteiligungen wegen des Geschlechts«
44 mit Anmerkung Niemeyer

- 49** Rechtsprechungsübersicht

58 INFORMATIONEN

- 29** 6. Tag des Kindeswohls

- 34** Tagungen der Internationalen Gesellschaft für Familienrecht

61 REZENSIONEN

BEITRÄGE

Das neue Familiennamensrechtsgesetz

Prof. Dr. Michael Coester

Die jahrelange Diskussion um eine Neuordnung des Namensrechts hat nun durch das Familiennamensrechtsgesetz (FamNamRG) 1994 ihren (einstweiligen) Abschluß gefunden. Das Gesetz wurde am 16. 12. 1993 verkündet¹ und wird am 1. 4. 1994 in Kraft treten². Gebot der Stunde ist nicht eine erneute Aufrollung aller – hinreichend erörterten – rechtspolitischen Grund- und Einzelfragen: *Bonn locuta, causa finita*. Jetzt ist in erster Linie eine dogmatische Analyse des neuen Regelungswerks erforderlich, die aber natürlich rechtspolitische Wertungen nicht ausklammern kann³. Schnelle Klarheit über die neuen Gestaltungsmöglichkeiten ist schon im Hinblick auf das einjährige Optionsrecht der Partner von »Altehen« wünschenswert⁴.

I. Zur Vorgeschichte des Gesetzes

Das System der §§ 1355, 1616ff. a. F. BGB⁵ kann als bekannt vorausgesetzt werden. Der in § 1355 Abs. 1 a. F. BGB normierte Zwang zur Namensgemeinschaft in der Ehe wurde vom *BVerfG* noch im Jahre 1988 für verfassungsrechtlich unbedenklich erklärt⁶. Allerdings gebiete die Verfassung auch keine Namenseinheit, so daß diese Frage zum Gestaltungsermessen des Gesetzgebers gehöre. Außerdem signalisierte das *BVerfG* schon Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit von § 1355 Abs. 2 Satz 2 a. F. BGB (subsidiäre Geltung des Mannesnamens bei fehlender Namenswahl). Die daraufhin erneut einsetzende Diskussion zur Namensrechtsreform⁷ fand sich bestätigt im Beschluß des *BVerfG* vom 15. 3. 1991⁸, der das Gebäude des Namensrechts endgültig zum Einsturz brachte⁹. In Ermangelung einer geschlechtsneutralen Aufangregel für einigungsunfähige Verlobte eröffnete das *BVerfG* diesen im Rahmen einer Übergangslösung erstmalig die Möglichkeit, die beiderseits geführten Namen in der Ehe beizubehalten und – bei der Geburt von gemeinsamen Kindern – den Mutter- oder Vaternamen als Kindesnamen zu bestimmen (so seit 1986 für gemischt-nationale Ehen schon Art. 220 Abs. 5 a. F. EGBGB) oder dem Kind einen Doppelnamen zu erteilen. Bei Uneinigkeit der Eltern erhielt das Kind einen Doppelnamen, wobei über die Reihenfolge der Namensteile das Los entscheiden sollte.

Die sofort einsetzenden Reformarbeiten im Bundesjustizministerium (*BJM*) wurden bis in die jüngste Zeit von intensiver rechtspolitischer und wissenschaftlicher Diskussion begleitet¹⁰. Ein der Übergangslösung des *BVerfG* nachgebildeter Gesetzesentwurf des *BJM* und der Bundesregierung scheiterte im Frühjahr 1993 im Parlament. In die Lücke trat zunächst eine »Koalitionsvereinbarung« über die Grundzüge eines künftigen Gesetzes vom 22. 4. 1993¹¹. Ein auf dieser Basis vom Rechtsausschuß neu formulierter Gesetzesentwurf wurde nicht erst zur öffentlichen Diskussion gestellt¹², sondern passierte am 28. 10. 1993 den Bundestag und (mit knapper Mehrheit) am 26. 11. 1993 auch den Bundesrat.¹³ Der Zeitraum bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. 4.

1994 dient nicht nur der allgemeinen Eingewöhnung, sondern soll vor allem den vorherigen Erlaß von Durchführungsbestimmungen für die Standesämter durch das Bundesministerium des Innern ermöglichen¹⁴.

Die folgende Erörterung des Gesetzesinhalts wird zeigen, daß – obwohl Bonn gesprochen hat – von einer »causa finita« vielleicht doch nicht die Rede sein kann. Näher liegt der Vergleich zur Hydra, der für einen abgeschlagenen (Problem-)Kopf zwei nachwachsen.

II. Name der Ehegatten

Nach § 1355 Abs. 1 BGB sollen die Ehegatten einen gemeinsamen Namen (Ehenamen) bestimmen, können aber auch die bisherigen Namen weiterführen.

1. Gemeinsamer Familienname (Ehename)

a) Sollvorschrift

Das Gesetz nimmt gegenüber der Entscheidungsfreiheit der Ehegatten nicht eine neutrale Haltung ein; die Einkleidung der Wahlmöglichkeit zugunsten eines Ehenamens als *Sollvorschrift* (§ 1355 Abs. 1 Satz 1 BGB) drückt eine gesetzliche Präferenz aus, Ehename und getrennte Namensführung werden nicht als gleichwertige Alternativen angesehen. Diese Haltung liegt auch den gesetzlichen Folgeregelungen zugrunde¹⁵. Mangels einer Sanktionsbewehrung des § 1355 Abs. 1 BGB sind die Verlobten jedoch nicht gehindert, dies anders zu sehen, und immerhin weist § 13a Abs. 1 EheG (in Anleh-

1 BGBl. I S. 2054; abgedruckt in FuR 1993, 342ff.

2 Vgl. Art. 8 Abs. 1 FamNamRG.

3 Zum Verhältnis von Dogmatik und Wertung vgl. Esser, AcP 172 (1972) 97ff.; Simiitis, AcP 172 (1972) 131ff.

4 Zum Übergangsrecht s. unten V.

5 Paragraphenzitate ohne besondere Kennzeichnung beziehen sich auf die neue Gesetzeslage ab 1. 4. 1994. Die bisherige Fassung abgeschaffter oder veränderter Vorschriften wird mit »a. F.« in Bezug genommen.

6 Urteil vom 8. 3. 1988, BVerfGE 78, 38 = FamRZ 1988, 587; zuvor schon BVerfG, FamRZ 1964, 75.

7 Zur älteren Diskussion s. Nachw. bei Coester, Jura 1991, 580ff.; ab 1988: Coester, StAZ 1990, 287ff.; Dethloff/Walther, FamRZ 1988, 808ff.; Nelle, FamRZ 1990, 809ff.; Schaab, StAZ 1990, 282ff.; Schwenzer, FamRZ 1991, 390ff.

8 BGBl. 1991 I S. 807; NJW 1991, 1602; FuR 1991, 93.

9 Zu dieser Entscheidung Boehmke, FuR 1991, 181ff.; Coester, Jura 1991, 580ff.; Dethloff/Walther, NJW 1991, 1575ff.; Giesen, FuR 1993, 65ff., 73ff.; Iblher v. Greifen, StAZ 1991, 305ff.; Niemeyer, FuR 1991, 93; Wirth, FuR 1991, 138ff.

10 Ausführlich zu den Reformarbeiten und zur wissenschaftlichen Diskussion Giesen, FuR 1993, 65, 72ff.

11 Gesetzesentwurf der Bundesregierung, BT-Drucks. 12/3163; Koalitionsvereinbarung in FuR 1993, 81, 95.

12 Immerhin kann auf die (wenig ergiebigen) »Berichte und Empfehlungen« des Rechtsausschusses zurückgegriffen werden, BT-Drucks. 12/5982; vorausgegangen war eine öffentliche Anhörung von sechs Sachverständigen.

13 BR-Drucks. 789/93.

14 Art. 7 § 6, Art. 8 FamNamRG.

15 Vgl. unten c), d).

nung an die bisherige Fassung) den Standesbeamten an, die Verlobten ganz neutral zu fragen, »ob sie einen Ehenamen bestimmen wollen«¹⁶.

b) Gegenstand der Wahl

Zur Wahl stehen nur der *Geburtsname* der Frau oder des Mannes (§ 1355 Abs. 2 BGB)¹⁷. Ausgeschlossen ist, entgegen verbreiteten Vorschlägen, die Wahl eines *Doppelnamens*, und nicht wählbar sind auch die vor der Heirat aktuell geführten Namen, wenn sie nicht die Geburtsnamen sind. Tragen beide Verlobte einen Ehenamen aus früherer Ehe, so können sie zur Namenseinheit in der neuen Ehe also nur gelangen, wenn *beide ihren Namen wechseln!* Zwar mag der Teil, dessen Geburtsname nicht gewählt wird, den bisher geführten Namen als Begleitnamen hinzufügen (§ 1355 Abs. 4 Satz 1 BGB; dazu unten e)); dem anderen Teil steht diese Möglichkeit hingegen nicht offen. In der Beschränkung auf die Wahl eines *Geburtsnamens* steckt also eine (systemwidrige) Hürde auf dem Weg zum gemeinsamen Namen. Aus den Interessen der früheren Ehepartner kann diese Beschränkung nicht gerechtfertigt werden, denn den Namen des Partners erwirbt und führt man fortan aus *eigenem Recht*¹⁸. Wenn deshalb beispielsweise dem Ehemann zugemutet wird, daß das außereheliche Kind seiner Frau über diese (§ 1617 Abs. 1 BGB) seinen Namen trägt¹⁹, so wäre es um so eher zumutbar gewesen, daß der Exgatte nach Scheidung den zum eigenen gewordenen Namen an neue Partner weitergibt – niemand hat ein Recht darauf, daß andere Leute nicht den gleichen Familiennamen tragen. Die Option zur Namenseinheit in der Ehe gehört zum Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG; ungerechtfertigte Hürden provozieren neue Gänge nach Karlsruhe.

c) Zeitpunkt der Wahl

Ein Ehename kann *bei der Eheschließung* (vgl. § 13a Abs. 1 EheG), aber auch noch binnen *fünf Jahren danach* gewählt werden, § 1355 Abs. 3 BGB²⁰. Bei Heirat im Ausland ist der Fristablauf gehemmt bis zum Ablauf eines Jahres nach Rückkehr ins Inland (§ 13a Abs. 2 EheG) – hier kann u. U. also auch noch Jahrzehnte nach der Heirat ein Ehename gewählt werden.

Die Nachholbarkeit der Namenswahl entspricht der in § 1355 Abs. 1 Satz 1 BGB ausgedrückten Präferenz des *Gesetzgebers*; eher befremdlich wirkt in diesem Lichte die (im Vergleich zum Entwurf neue) Beschränkung auf fünf Jahre. Außer bürokratischem Ordnungsdenken ist eine Rechtfertigung nicht ersichtlich. Viel vernünftiger waren die Vorschläge, jedenfalls bei der Geburt von Kindern den Weg zur familiären Namenseinheit noch einmal neu zu eröffnen²¹. Den in dieser Situation starken Motivationsschub zur Namenseinheit blockt das Gesetz ab, wenn das Kind (durchaus moderner Familienplanung entsprechend) später als fünf Jahre nach Eheschließung geboren wird – auch hier eine unnötige und zudem systemwidrige Reglementierung.

d) Unwiderruflichkeit

Die Wahl eines Ehenamens ist, wie schon nach bisherigem Recht, unwiderruflich und – nach h. M. – sogar unanfechtbar²². Pointiert gesagt: Die Entscheidung der Verlobten gegen einen Ehenamen ist (befristet) revidierbar (oben c), die für einen Ehenamen nicht²³. Im Lichte der Entscheidung vom 8. 3. 1988 (oben I.) wird das *BVerfG* hieran wohl nichts auszusetzen haben. Dennoch ist diese Rechtslage bedauerlich, insbesondere für gemischt-nationale Ehen, in denen der ausländische Mann zunächst anpassungswillig nach deutschem Recht den Namen seiner deutschen Frau gewählt hat, später aber feststellen muß, daß sein Heimatrecht dies nicht

anerkennt und er im Heimatstaat auf rechtliche und soziale Schwierigkeiten stößt²⁴. Der Verweis auf das Namensänderungsgesetz (NÄG) in diesen Fällen befriedigt hier ebenso wenig wie sonst, wenn das NÄG zum »Reparaturgesetz« für Defizite des Familiennamensrechts umfunktioniert werden soll²⁵.

e) Begleitname

Der bei der Namenswahl weichende Ehegatte kann (wie bisher) einen Begleitnamen wählen, § 1355 Abs. 4 BGB. Dabei handelt es sich um einen höchstpersönlichen Namensbestandteil, der nicht an die Kinder weitergegeben werden kann²⁶. In Frage kommen insoweit der Geburtsname oder der bei Namenswahl geführte Name. Neu ist die Wahlmöglichkeit, den Begleitnamen dem Ehenamen *voranzustellen oder anzufügen* (Oberbegriff: *hinzufügen*) – man kann an der Namensführung also fortan nicht mehr erkennen, ob es sich um eine »Altehe« (vor 1977) oder eine »Neuehe« (nach 1977) handelt.

Das Recht auf einen Begleitnamen weicht allerdings der gesetzgeberischen *Entscheidung gegen Namensketten*, daß heißt, zusammengesetzten Namen aus mehr als zwei Gliedern: Ist schon der Ehename zweigliedrig (*Schmitt-Rottluff*), so ist ein weiterer Begleitname ganz ausgeschlossen (§ 1355 Abs. 4 Satz 2 BGB); ist der als Begleitname infrage kommende Namen zweigliedrig, kann sein Träger nur eine (zu wählende) Hälfte davon dem Ehenamen hinzufügen (§ 1355 Abs. 4 Satz 3 BGB). So unabweisbar legitim die Abwehr von Namensketten ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß damit den Trägern von Doppelnamen ein Handicap im Verhandlungsprozeß um die Namenswahl auferlegt wird: Setzen sie sich durch, kann der andere Teil seinen Namen nicht einmal als Begleitnamen retten, während bei umgekehrter Wahl der Doppelnamen-Träger immerhin eine Hälfte seines Namens als Begleitnamen weiterführen könnte. Diese Ungleichgewichtigkeit wäre entschärft, wenn auch nur ein Glied eines (Geburts-)Doppelnamens zum Ehenamen gewählt werden könnte – aber soweit hat der *Gesetzgeber* offenbar nicht gedacht.

16 Bei schon bestehender Namensgemeinschaft der Verlobten (z. B. Vetter und Base oder bei Massennamen) sollte wegen mannigfaltiger Folgen die Erklärung verlangt werden, ob der Name »Ehename« oder beidseitig individueller Name sein soll.

17 Der Begriff des »Geburtsnamens« wird nunmehr in § 1355 Abs. 4 BGB definiert; maßgeblich ist (wie bisher) also nicht der Name »bei Geburt«, sondern der im Zeitpunkt der Namenswahl in die Geburtsurkunde einzutragende Name (der sich seit der Geburt z. B. durch Legitimation oder Adoption oder Namensfolge nach den Eltern verändert haben kann).

18 *MünchKomm/Wacke*, § 1355 Rz. 27. Der *Rechtsausschuß* spricht verfehlt vom »angeheirateten Namen«, BT-Drucks. 12/5982, S. 24.

19 *Staudinger/Coester*, § 1617 Rz. 19.

20 Die im zweiten Fall notwendige öffentliche Beglaubigung der Wahlerklärung (§ 1355 Abs. 2 Satz 2 2. Hs. BGB) kann auch vom Standesbeamten vorgenommen werden, § 15c Abs. 1 Nr. 1 PStG. Dies gilt auch für andere Fälle, in denen öffentliche Beglaubigung vorgeschrieben wird (Begleitname, § 1355 Abs. 4 Satz 5 BGB; Rückkehr zu früherem Namen nach Eheauflösung, § 1355 Abs. 5 Satz 3 BGB; kollisionsrechtliche Rechtswahl, Art. 10 Abs. 2 Satz 2 EGBGB – jeweils i. V. m. § 15c PStG).

21 Vgl. *Dethloff/Walther*, NJW 1991, 1575, 1577; *Coester*, Jura 1991, 580, 584; *SPD-Entwurf*, BT-Drucks. 12/617 zu § 1355 Abs. 3 S. 2 (»innerhalb eines Monats nach der Geburt des ersten Kindes«).

22 *OLG Celle*, FamRZ 1982, 267; *OLG Stuttgart*, Justiz 1987, 28; *Wacke*, FamRZ 1977, 512; *Hepting/Gaaz*, PStG (Stand 29. Lieferung 1992) vor §§ 3 ff. PStG – § 13a EheG Rz. 35/36.

23 Vgl. oben a).

24 Vgl. *OLG Stuttgart*, StAZ 1986, 354.

25 Außerdem zeigen die Verwaltungsgerichte große Zurückhaltung, vgl. *BVerwG*, NJW 1986, 601 f.

26 Vgl. §§ 1617 Abs. 1 Satz 2, 1618 Abs. 1 Satz 2, 1737 Satz 2, 1740f Abs. 2 Satz 3, 1757 Abs. 1 Satz 2 BGB; *MünchKomm/Wacke*, § 1355 Rz. 24; dazu noch unten bei Fn. 48, 65.

Nach wie vor ist die Entscheidung über die Hinzufügung eines Begleitnamens *unbefristet* möglich (zur Rechtslage nach Eheauflösung s. unten f)). Die Kritik hieran²⁷ ist ohne Erfolg geblieben; im Kontrast zu der engherzigen Frist des § 1355 Abs. 3 BGB für die nachträgliche Ehenamenswahl drängt sich jetzt aber zumindest der Vorwurf der Konzeptionslosigkeit auf.

Die Entscheidung für einen Begleitnamen ist nunmehr *widerruflich*, § 1355 Abs. 4 Satz 4 BGB (ebenfalls unbefristet)²⁸. Allerdings sind damit die Optionen des § 1355 Abs. 4 BGB erschöpft, erneutes Hinzufügen eines Begleitnamens ist danach ausgeschlossen (Satz 4, 2. Halbsatz). Nicht möglich ist damit der Wechsel von dem zunächst gewählten Begleitnamen (z.B.: geführter Name) zu einem anderen (Geburtsname).

f) Namensführung nach Eheauflösung

Namenskontinuität und Rückkehrmöglichkeiten zu einem früheren Namen nach Eheauflösung entsprechen dem bisherigen Recht (§ 1355 Abs. 5 BGB). Die Hinzufügung eines Begleitnamens ist, anders als bei bestehender Ehe, jedoch auf den Geburtsnamen beschränkt. Das unbefristete Optionsrecht nach Absatz 4 findet damit z.T. eine gewisse Begrenzung. Im übrigen unterliegen die Wahlmöglichkeiten des Absatz 5 keiner (auch keiner zeitlichen) Begrenzung²⁹.

2. Getrennte Namensführung

»Bestimmen die Ehegatten keinen Ehenamen, so führen sie ihren zur Zeit der Eheschließung geführten Namen auch nach der Eheschließung« (§ 1355 Abs. 1 Satz 3 BGB). Nur scheinbar liegt hierin eine Beschränkung auf den aktuell geführten Namen: Wer z.B. in dritter Ehe statt des Namens aus zweiter Ehe denjenigen aus erster Ehe oder den Geburtsnamen führen will, kann vor der Heirat zunächst nach § 1355 Abs. 5 BGB zum gewünschten Namen zurückkehren und diesen dann nach der Heirat weiterführen. Da der individuell weitergeführte Name kein Ehename ist, spricht sogar nichts im Gesetz dagegen, die auf eine frühere Ehe bezogene Option gem. § 1355 Abs. 5 BGB noch *nach* der neuen Eheschließung auszuüben – insbesondere bewirkt § 1355 Abs. 5 Satz 3 BGB keine Versteinerung des fortgeführten Individualnamens (dies folgt auch aus § 1616a Abs. 2 BGB, dazu unten III. 1. c). Auch ein anerkennenswertes Interesse, etwa während der zweiten Ehe vom erstehelichen Namen zum Geburtsnamen zurückzukehren, kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

3. Gebrauchsnamen

Die Restriktionen des neuen Gesetzes, vor allem der Ausschluß des Doppelnamens legen es nahe, noch einmal nachdrücklich auf den auch vom *BVerfG* gewiesenen und von der Literatur erläuterten Weg des »Gebrauchsnamens« hinzuweisen³⁰. Während der Gebrauchsname vor allem in romanischen und angloamerikanischen Ländern alltägliche Selbstverständlichkeit ist, scheint in Deutschland die Vorstellung unausrottbar, die Führung eines anderen als des personenstandsrechtlichen Namens sei rechtswidrig oder allenfalls Künstlern vorbehalten. Demgegenüber sollten die Paare ermutigt werden, künftig verstärkt unter *dem* Namen gesellschaftlich aufzutreten, der ihnen am besten paßt. Insofern kommen in Betracht: Nach Wahl eines Ehenamens gem. § 1355 Abs. 1 Satz 1 BGB die Fortführung getrennter Namen (häufige Realität!) oder eines »Allianznamens« nach schweizerischem Vorbild³¹; nach Heirat ohne Namenswahl

die Führung eines gemeinsamen Einzel- oder Doppelnamens. Man muß die Zwangsjacke des Gesetzes nicht enger ziehen, als das Gesetz selbst verlangt; mehr Mut zur Ausnutzung gesellschaftlicher Freiräume wäre in jeder Hinsicht begrüßenswert.

III. Kindesname

Die bisherige Diskussion hat deutlich gemacht, daß der Problemschwerpunkt einer Namensrechtsreform nicht auf dem Namen der Ehegatten, sondern dem der Kinder liegt. Das FamNamRG bestätigt diese Erkenntnis. Der (noch) geltenden Rechtslage entsprechend ist nach ehelichen und nichtehelichen Kindern zu unterscheiden.

1. Eheliches Kind

a) Eltern mit Ehenamen

Der Ehename der Eltern geht ohne weiteres als Geburtsname auf das eheliche Kind über (§ 1616 Abs. 1 i. V. m. § 1 BGB)³². Besonderer Regelung bedurfte der spätere Wechsel von Ehegatten mit zunächst getrennten Namen zu einem Ehenamen gem. § 1355 Abs. 3 Satz 2 BGB: Grundsätzlich soll der Kindesname dem folgen; andererseits war aber auch dem Persönlichkeitsschutz des Kindes Rechnung zu tragen, das sich mit dem bisherigen Namen möglicherweise schon identifiziert hat. Die *automatische Namensfolge* des Kindes wird deshalb in § 1616a Abs. 1 BGB durch ein *Anschlußmodell* ersetzt, sobald das Kind das fünfte Lebensjahr vollendet hat: Erst die (unwiderrufliche) Anschlußerklärung des Kindes löst dann die Namensfolge aus. Für das Kind zwischen fünf und 13 Jahren handelt insoweit der gesetzliche Vertreter (§ 1629 BGB), gebunden an vormundschaftsgerichtliche Genehmigung³³, ab 14 Jahre erklärt sich das (nicht geschäftsunfähige) Kind selbst, wenngleich gebunden an die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (§ 1616a Abs. 1 Satz 2 und 4 BGB). Mit Eintritt der Volljährigkeit erlischt das Anschlußrecht (§ 1616a Abs. 1 Satz 3 BGB). Ist das Kind schon verheiratet³⁴ und sein Name Ehename geworden, so verändert sich der Ehename (wie bisher) nur, wenn sich auch der Ehegatte der Namensänderung anschließt (§ 1616a Abs. 3 BGB)³⁵.

Offensichtlich ist diese gesamte Regelung für den Normalfall des ehelich geborenen Kindes praktisch bedeutungslos: Das Kind muß fünf Jahre alt sein, fünf Jahre nach Eheschließung

27 *MünchKomm/Wacke*, § 1355 Rz. 20; anders *Staudinger/Hübner*, § 1355 Rz. 46.

28 Im Gegensatz zur h.M. nach bisherigem Recht, die von Unwiderruflichkeit und Unanfechtbarkeit (insoweit anders: *OLG Celle*, FamRZ 1982, 267f.) ausging, vgl. *MünchKomm/Wacke*, § 1355 Rz. 24; *Palandt/Diederichsen*, § 1355 Rz. 19.

29 *BayObLG*, FamRZ 1984, 1224; *Staudinger/Hübner*, § 1355 Rz. 64; a.A. *MünchKomm/Wacke*, § 1355 Rz. 35 (»binnen angemessener Frist«), vgl. vorstehend e) und nachfolgend 2.

30 *BVerfG*, FamRZ 1988, 587, 589f.; *Schwenzer*, FamRZ 1991, 390, 395.

31 Dazu *Schwenzer*, a.a.O. Fn. 30.

32 Die Infragestellung dieses Grundsatzes durch *Schwenzer*, FamRZ 1991, 390, 396; *dies.*, Gutachten 59. DJT (1992) A 58f. hatte nicht viel Überzeugungskraft.

33 Bei Nichtanschluß scheidet demnach eine Kontrolle des VormG aus, hier kommt nur ein Eingriff ins Vertretungsrecht nach §§ 1629 Abs. 2 Satz 3, 1796 in Betracht; dazu noch sogleich.

34 Vgl. § 1 Abs. 2 EheG: vorgezogene Ehemündigkeit ab 16 Jahre, und § 1633 BGB: fortbestehendes Vertretungsrecht der Eltern.

35 Vgl. *Staudinger/Coester*, § 1616 Rz. 38–40, § 1617 Rz. 49/50; *MünchKomm/Hinz*, § 1616 Rz. 6.

erlischt aber die Möglichkeit der Eltern, zu einem Ehenamen zu wechseln (§ 1355 Abs. 3 Satz 2 BGB). § 1616a Abs. 1 und 3 BGB ist aber als *Modell für die kindliche Namensfolge nach elterlichen Namensänderungen* zu verstehen, auf das das Gesetz in anderen, praktisch wichtigeren Zusammenhängen schlicht verweist (§§ 1616a Abs. 2, 1720 Abs. 1 und 2 Satz 2, 1757 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 BGB; Art. 10 Abs. 2 Satz 3 EGBGB; im Übergangsrecht Art. 7 § 1 Abs. 3 Satz 1, § 3 Satz 1, § 5 Abs. 2 Satz 3 FamNamRG).

Für das eheliche Kind ist das Anschlußmodell *neu*, es erübrigt die bisher nötigen Spekulationen über die rechtliche Bedeutung von elterlichen Namensänderungen und beseitigt vor allem den Dualismus von 5-Jahresgrenze beim nichtehelichen Kind und 14-Jahresgrenze beim ehelichen Kind³⁶. Zwei grundsätzliche Fragen bedürfen aber noch der Erörterung:

aa) Kein Namensanschluß volljähriger Kinder

Die Begrenzung des Anschlußrechtes auf *minderjährige* Kinder (§ 1616a Abs. 1 Satz 3 BGB) will nicht einleuchten. Heiraten die Eltern eines 18jährigen Kindes, nachdem sie bislang in nichtehelicher Lebensgemeinschaft gelebt hatten, warum soll eine Namensfolge des Kindes nach §§ 1720 Abs. 1, 1616a Abs. 1 Satz 3 BGB ausgeschlossen sein? Im Vorfeld der Reform war sogar vorgeschlagen worden, dem volljährig gewordenen Kind befristet ein eigenes Namenswahlrecht einzuräumen³⁷. Das Gesetz hat nicht nur diesen Gedanken nicht aufgenommen, sondern schneidet umgekehrt sogar die Namensfolge von Volljährigen ab. Das Problem wird verschärft durch die Zustimmungspflichtigkeit einer Anschlußerklärung des über 14jährigen Kindes (§ 1616a Abs. 1 Satz 2 BGB): Will das Kind der elterlichen Namensänderung folgen, können die Eltern als gesetzliche Vertreter dies durch Zustimmungsverweigerung blockieren. Wird das Kind aber volljährig, ist sein Anschlußrecht erloschen. Wie kann dem anschlusswilligen Kind geholfen werden? Ein Eingriff in das elterliche Sorgerecht nach § 1666 BGB dürfte regelmäßig nicht angezeigt sein, weil eine schwerwiegende, das Kindeswohl nachhaltig beeinträchtigende Gefährdung³⁸ kaum zu bejahen sein wird – immerhin führt die elterliche Weigerung zur Namenskontinuität des Kindes. Eher käme ein Eingriff ins elterliche Vertretungsrecht nach §§ 1629 Abs. 2 Satz 3, 1796 BGB in Betracht: Hierfür genügt ein »erheblicher Interessengegensatz« zwischen Kind und gesetzlichem Vertreter³⁹. Wollte man diesen jedoch schon in jedem Meinungsstreit zwischen Kind und Eltern sehen, wäre das Zustimmungserfordernis des § 1616a Abs. 1 Satz 3 BGB praktisch ausgehöhlt. Eine ähnliche Problematik hat sich bisher schon gestellt, wenn die nach Scheidung allein sorgeberechtigte Mutter versuchte, den Kindesnamen ihrem zweiten Ehenamen anzupassen, und als gesetzliche Vertreterin des Kindes den erforderlichen Antrag nach § 2 NAG stellte: Die Rechtsprechung hat hier den »Interessengegensatz« i. S. § 1796 BGB nicht generell, sondern allenfalls nach konkreter Einzelfallprüfung bejaht⁴⁰. Das wird auch für § 1616a Abs. 1 Satz 3 BGB gelten müssen. Sperrt sich nur *einer* der gesamtvertretungsberechtigten Eltern, bleibt das Folgeproblem zu lösen, *wer* nach einem vormundschaftsgerichtlichen Entzug seines Vertretungsrechts gem. §§ 1629 Abs. 2 Satz 3, 1796 BGB nunmehr das Kind vertritt – der andere Elternteil allein oder zusammen mit einem Pfleger? Dies sollte das *VormG* in der Entzugsentcheidung mitprüfen und -entscheiden⁴¹.

bb) Name des »Bezugselternteils« wird Ehename

§ 1616a Abs. 1 BGB baut offenbar auf der Prämisse auf, daß der nachträglich gewählte Ehename ein anderer ist als der

bisherige Name des Kindes. Wollte man eine Anschlußklärung des mindestens 5jährigen Kindes auch dann verlangen, wenn der Name des bisherigen »Bezugselternteils« Ehename wird⁴², hätte dies merkwürdige Konsequenzen: Bei Nichtanschluß bestände zwar äußere Namensseinheit der Familie, der Kindesname wäre aber weiterhin allein vom »Bezugselternteil« abgeleitet und würde – anders als bei Kindesnamen, die von Ehenamen abgeleitet sind – auch individuellen Namensänderungen dieses Elternteils grundsätzlich folgen (§ 1616a Abs. 2 BGB; dazu unten c)). Beim durch Elternheirat legitimierten Kind bliebe die Ableitungsgrundlage zum Mutternamen § 1617 Abs. 1 BGB, mit der Folge, daß nach Scheidung und Neuheirat der Mutter das Kind in der neuen Ehe einbenannt werden könnte (§ 1618 Abs. 1 BGB). Zur Vermeidung dieser absurden und systemwidrigen Ergebnisse muß § 1616a Abs. 1 BGB die implizite Aussage entnommen werden: Das dort geregelte Anschlußmodell gilt nur für den Fall, daß auf Grund der nachträglichen Ehenamenswahl die Eltern einen anderen Familiennamen führen als das Kind. Wird hingegen der Name des Elternteils Ehename, von dem der Kindesname bisher schon abgeleitet ist, so bedarf es keines kindlichen Namensanschlusses, weil hier Persönlichkeitsschutz des Kindes nicht in Frage steht. *Es ändert sich aber kraft Gesetzes der Bezugspunkt und die Ableitungsgrundlage des Kindesnamens*: Bezugspunkt ist fortan der Ehename der Eltern, die Rechtsgrundlage § 1616 Abs. 1 BGB (statt bisher §§ 1616 Abs. 2 u. 3 oder 1617 Abs. 1 BGB)⁴³.

b) Eltern ohne Ehenamen

aa) Elterliches Wahlrecht

Führen die Eltern keinen Ehenamen, so haben sie binnen Monatsfrist ab Geburt des Kindes dem Standesbeamten gegenüber zu bestimmen, ob das Kind den Mutter- oder den Vaternamen erhalten soll (§ 1616 Abs. 2 u. 3 BGB). Die Monatsfrist entspricht derjenigen für die Vornamenserteilung (§ 22 PStG); ihre Versäumung wird vom Standesbeamten dem *VormG* mitgeteilt (§ 21a PStG).

Über die Qualifikation des elterlichen Wahlrechts wird Streit entstehen: Ist es Ausfluß des *Sorgerechts* (wie beim Vornamen⁴⁴) oder des *Elternrechts* gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG? Die Frage ist bedeutsam in Fällen, in denen das Sorgerecht eines Elternteils ruht (§ 1675 BGB), entzogen worden ist (§ 1666 BGB) oder – etwa nach vorgeburtlicher Trennung der Eltern – dem anderen Elternteil allein gem. § 1672 BGB oder durch einstweilige Anordnung übertragen worden ist: Darf der entrechtete Elternteil mitwählen? Während sich die Vornamenserteilung schwerpunktmäßig als Fürsorge für das Kind darstellt, sind beim Familiennamen doch verstärkt

36 Zum bisherigen Recht ausführlich *Staudinger/Coester*, § 1616 Rz. 31ff.; *Coester*, in: *Das gesamte Familienrecht*/Bd. 1, § 1616 Rz. 19ff.

37 *Dethloff/Walther*, NJW 1991, 1575, 1578; *Hauser*, ZRP 1991, 168, 169; *Schwenzer*, FamRZ 1991, 390, 397; *dies.*, Gutachten 59. DJT (1992) A 62f.

38 Vgl. *BGH*, NJW 1956, 1434; *BayObLG*, FamRZ 1977, 473, 474; *Staudinger/Coester*, § 1666 Rz. 64ff.

39 *OLG Stuttgart*, FamRZ 1983, 831; *Palandt/Diederichsen*, § 1629 Rz. 21.

40 Vgl. *OVG Berlin*, FamRZ 1981, 87; *OLG Frankfurt*, StAZ 1978, 159; *Coester*, in: *Das gesamte Familienrecht*/Bd. 1, § 1629 Rz. 45; *Staudinger/Peschel-Gutzeit*, § 1629 Rz. 121.

41 Näher *Coester*, in: *Das gesamte Familienrecht*/Bd. 1, § 1629 Rz. 50; *Staudinger/Peschel-Gutzeit*, § 1629 Rz. 318–320.

42 Beispiel: Mutter und Kind hießen bisher A, der Vater B; Vater und Mutter wählen gem. § 1355 Abs. 3 BGB den Ehenamen A.

43 Konsequenz für spätere Namensänderungen: § 1616a Abs. 1 Satz 1 BGB, dazu unten c).

44 *Staudinger/Coester*, § 1616 Rz. 100; *Diederichsen*, NJW 1981, 705.

auch die Persönlichkeitsinteressen der Eltern mitbetroffen. Bezeichnenderweise spricht § 1616 Abs. 2 u. 3 BGB auch von den »Eltern«, während bei der Kindesentscheidung über die Namensfolge in § 1616a Abs. 1 BGB vom »gesetzlichen Vertreter« die Rede ist. Demgemäß liegt es näher, das Wahlrecht als Ausfluß der Elternstellung gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG zu begreifen⁴⁵.

Wählbar sind die aktuell geführten Namen von Mutter oder Vater, nicht davon verschiedene Geburtsnamen – familiäre Namenseinheit wird vom Gesetz hier zu Recht höher bewertet als elterliche Wahlfreiheit⁴⁶. Wer seinen Geburtsnamen an das Kind weitergeben will, muß vorher seinerseits gem. § 1355 Abs. 5 Satz 2 BGB zu diesem Namen zurückkehren⁴⁷. Das gilt auch, wenn der Geburtsname als Begleitname neben einem Ehenamen aus erster Ehe geführt wird – die Nichtübertragbarkeit von Begleitnamen auf Abkömmlinge entspricht dem System des Namensrechts⁴⁸ und muß deshalb auch dann gelten, wenn der *Gesetzgeber* – wie in § 1616 Abs. 2 BGB – eine ausdrückliche Anordnung vergessen hat. Ausgeschlossen ist auch – entgegen der Übergangsregelung des *BVerfG* und vielfachen Vorschlägen – die Wahl eines *Doppelnamens* für das Kind. Diese Lösung ist bedauerlich⁴⁹, aber fortan verbindlich.

bb) Fehlende Elternbestimmung, § 1616 Abs. 3 BGB

Eins der meistdiskutierten Probleme in der rechtspolitischen Diskussion war die Auflösung elterlicher Entscheidungsfähigkeit oder -unwilligkeit bei der Auswahl des Kindesnamens. Das Modell des Losentscheids in der verfassungsgerichtlichen Übergangslösung und im Entwurf des *BJM* hat viel Polemik hervorgerufen, aber bis zuletzt auch Verteidiger gefunden⁵⁰. Das Gesetz hat den Losentscheid nicht übernommen, sondern das *VormG* zur Entscheidung berufen (§ 1616 Abs. 3 BGB). Zugunsten dieser Lösung kann darauf verwiesen werden, daß ein Losentscheid hier nicht dasselbe wäre wie nach der bisherigen Übergangslösung: Dort entscheidet das Los nur über die *Reihenfolge* der Elternnamen innerhalb eines rechtlich angeordneten Doppelnamens; nach dem *FamNamRG* würde das Los aber darüber entscheiden, ob das Kind Mutter- oder Vaternamen trägt⁵¹. Auch mag es Fälle geben, in denen rationale Gesichtspunkte für den einen oder anderen Namen erkennbar sind, die das *VormG* berücksichtigen kann. Andererseits bleibt auch hier in der Masse der Fälle die schlichte Injustizialität des Elternkonflikts. Das Gesetz trägt dem mit § 46a FGG Rechnung: Richterliche Schlichtungsbemühungen sind vorrangig; eine gleichwohl notwendige Entscheidung bedarf keiner Begründung (weil es i. d. R. keine gibt) und ist unanfechtbar. Im einzelnen:

Das *VormG* entscheidet von *Amts wegen* nach Ablauf der Monatsfrist⁵²; auf den Grund der elterlichen Untätigkeit (Streit, Nachlässigkeit) kommt es nicht an⁵³. Funktional ist, trotz Fehlens eines entsprechenden Vorbehalts, der Richter und nicht der Rechtspfleger zuständig⁵⁴. Der Richter entscheidet nicht in der Sache, sondern überträgt nur einem Elternteil das Bestimmungsrecht. Dies kann (besser: sollte) mit einer Fristsetzung verbunden werden; nach Ablauf der Frist erhält das Kind kraft Gesetzes den Familiennamen des begünstigten Elternteils. Obwohl diese Regelung *praktisch* auf eine *richterliche Namenswahl* hinausläuft, ist sie zu begrüßen: Übt der begünstigte Elternteil sein Bestimmungsrecht nicht ausdrücklich aus, wird eine weitere Eskalation des Elternstreits vermieden; sein Name setzt sich dennoch durch.

cc) Namensgemeinschaft der Geschwister

Der Name des ersten gemeinsamen Kindes ist präjudiziell für alle weiteren Geschwister, gleich, wie er zustandegekom-

men ist: Elterliche Wahl (§ 1616 Abs. 2 Satz 3 BGB), Bestimmung durch den richterlich ermächtigten Elternteil (§ 1616 Abs. 3 Satz 2 BGB) oder gesetzlicher Erwerb nach Ablauf richterlich gesetzter Frist⁵⁵. Diese Regelung dürfte in der Bevölkerung überwiegend auf Zustimmung stoßen, obwohl durch sie das Problem der Namensentscheidung wesentlich verschärft wird⁵⁶.

Das Prinzip geschwisterlicher Namenseinheit wird vom Gesetz aber nicht absolut gesetzt: Es weicht dem Persönlichkeitsschutz älterer Kinder, die sich einer Namensänderung ihrer Eltern gem. § 1616a Abs. 1 BGB⁵⁷ nicht anschließen wollen und damit unterschiedliche Namensführung der Geschwister verursachen⁵⁸.

c) Spätere Änderungen des Bezugsnamens, § 1616a Abs. 2 BGB

Erstmalig regelt das Gesetz auch für das eheliche Kind das Problem der Namensfolge, falls sich später (nach originärem Namenserwerb) der Elternname ändert.

Einer Änderung des elterlichen *Ehenamens* folgt der Kindesname grundsätzlich, der Persönlichkeitsschutz des älteren Kindes wird durch Verweis auf das Anschlußmodell des § 1616a Abs. 1 BGB gewährleistet (§ 1616a Abs. 2 Satz 1 BGB). Daß die Änderung des individuellen Namens nur eines der Elternteile (etwa nach Scheidung) den Kindesnamen nicht berühren kann, ergibt sich ohne weiteres daraus, daß der Bezugspunkt für den Kindesnamen der Ehename ist und bleibt – auf § 1616a Abs. 2 Satz 2 BGB braucht insoweit nicht zurückgegriffen zu werden⁵⁹.

Neue Probleme stellten sich dem *Gesetzgeber* für den Fall *unterschiedlicher Elternnamen*; die gefundene Lösung erscheint undurchdacht. Der Grundsatz kindlicher Namensfolge gilt hier mit der Maßgabe, daß es nur auf die Änderung des Namens des »Bezugselternteils« ankommt. Man hätte hier auch daran denken können, den Eltern ein erneutes

45 So auch *Gernhuber/Coester-Waltjen*, Familienrecht (4. Aufl. 1994) § 54 Abs. 1 Satz 1; anders hingegen (sorgerechterliche Qualifikation) *Schwenzer*, Gutachten 59. *DJT* (1992) A. 60. Für *geschäftsunfähige* Elternteile ist demnach nicht § 1673 Abs. 1 BGB anzuwenden. Aber auch ihr gesetzlicher Vertreter ist bei höchstpersönlichen Rechtsgeschäften regelmäßig nicht berufen, z. B. bei Testamenten (vgl. §§ 2229, 1903 Abs. 2 BGB) oder Eheschließung (§ 2 EheG). Das Bestimmungsrecht steht in diesen Fällen allein dem anderen Elternteil zu.

46 Zu anderslautenden Vorschlägen vgl. *Coester*, StAZ 1990, 287, 288; *ders.*, Jura 1991, 580, 584 (Fn. 72).

47 Vgl. oben II. 2.

48 Vgl. oben Fn. 26.

49 Zum Ehenamen s. oben II. 1. b); i. S. d. Gesetzes hingegen *Boehmke*, FuR 1991, 181, 184 f., 187.

50 *Dethloff/Walther*, NJW 1991, 1575, 1576 f.; *Hepting*, StAZ 1992, 201, 208; *Coester*, Jura 1991, 580, 584.

51 Vgl. *Coester*, Jura 1991, 580 ff., 583, 584.

52 Elterliche Anträge haben die Qualität von »Anregungen«.

53 Bei Auslandsgeburt gilt § 1616 Abs. 4 BGB: Vormundschaftsgerichtliche Entscheidung nur auf Antrag oder bei notwendiger Eintragung des Kindesnamens in ein deutsches Personenstandsbuch oder Identitätspapier.

54 § 14 Abs. 1 Nr. 5 RPfG spricht nur vom Streit der »Sorgeberechtigten«; diese Vorschrift muß hier jedoch analog angewendet werden, *Gernhuber/Coester-Waltjen*, a. a. O. Fn. 45, § 54 I 1.

55 § 1616 Abs. 3 BGB ist unsauber redigiert – der Verweis in Satz 2 gehört offensichtlich an den Schluß dieses Absatzes.

56 So auch schon die Gesetzesentwürfe der SPD (BT-Drucks. 11/6187, 12/617) und der Grünen (BT-Drucks. 11/4437); *Coester*, StAZ 1990, 287, 288; für ein Wahlrecht hingegen *Boehmke*, FuR 1991, 181, 187; *Dethloff/Walther*, NJW 1991, 1575, 1578; *Schwenzer*, FamRZ 1991, 390, 396; *dies.*, Gutachten 59. *DJT* (1992) A. 59.

57 I. V. m. allen darauf Bezug genommenen Vorschriften, oben I. a).

58 Die präjudizielle Wirkung des Namens des ersten Kindes entfällt auch dann, wenn bei Geburt des zweiten Kindes das erste verstorben ist, *Gernhuber/Coester-Waltjen*, a. a. O. Fn. 45, § 54 I 1.

59 Die zum bisherigen Recht entwickelten Grundsätze gelten fort, vgl. *Staudinger/Coester*, § 1616 Rz. 54 ff.

Wahlrecht einzuräumen, denn die ursprüngliche Entscheidung galt doch wohl eher dem (jetzt abgelegten) Namen als der Person des Bezugselternteils. Zu Spannungen wird es auch *nach Scheidung* kommen: Gewissermaßen als »Vorfrage« ist darauf hinzuweisen, daß Namensgemeinschaft oder -verschiedenheit sicher kein legitimes Kriterium bei der Sorgerechtsentscheidung zwischen den Eltern ist (§§ 1672, 1671 BGB) – die Namenswahl der Eltern darf die Kindeszuweisung nach Scheidung nicht präjudizieren. Auch wenn ein Interesse des Kindes an Namensgleichheit nicht zu leugnen ist, so fällt dieses neben anderen Kindesinteressen (z.B. Bindungserhalt, positive Eltern-Kind-Beziehung, Elterneignung, Betreuungsmöglichkeiten) doch praktisch nicht ins Gewicht.

Es ist jedoch vorauszusehen, daß sich bei Zuweisung des Kindes an den anderen Elternteil der Wunsch nach Namensgemeinschaft herausbilden wird. Das Familienrecht bietet hier keine Korrekturmöglichkeiten, nicht einmal durch gemeinsame Entscheidung der Eltern. Es bleibt wieder das NÄG, wobei aber im Hinblick auf stets mögliche Sorgerechtswechsel nach § 1696 (sowie §§ 1678 Abs. 2, 1680 Abs. 2, 1681 Abs. 1 Satz 2 BGB) eine restriktive Verwaltungs- und Gerichtspraxis angezeigt sein wird. Ein zentraler Unterschied von Sorgerecht und Name liegt darin, daß das Sorgerecht »jederzeit« (§ 1696 Abs. 1 BGB) geänderten Lebensverhältnissen anzupassen ist, der Name aber gerade nicht.

Ein Namenswechsel des »Bezugselternteils« nach Scheidung gem. § 1355 Abs. 5 BGB kommt bei getrennten Namen der Ehegatten nicht in Betracht; wohl aber kann er, wenn er in zweiter Ehe den Ehenamen aus erster Ehe fortgeführt hat, nunmehr zum Geburtsnamen zurückkehren. Dem folgt das Kind nach dem Modell des § 1616a Abs. 1 BGB, gleich, bei welchem Elternteil es lebt oder wer das Sorgerecht hat. Der Anschlußvorbehalt beim über 5jährigen Kind wird hier als Filter viele Unzuträglichkeiten abfangen, allerdings um den Preis, daß das Kind bei Nichtanschluß einen Namen behält, den keiner seiner Eltern (mehr) führt.

Die Namensfolge des Kindes ist jedoch ausgeschlossen, wenn der »Bezugselternteil« seinen Namen »infolge Eheschließung« ändert, also bei einer neuen Heirat den Namen des Partners als Ehenamen übernimmt, § 1616a Abs. 2 Satz 2 BGB. Diese Vorschrift ist § 1617 Abs. 3 BGB nachgebildet und teilt dessen Fragwürdigkeit, fügt aber neue Ungeheimheiten hinzu: Aus dem Interesse des anderen Elternteils kann die Restriktion nicht begründet sein, denn dieser trägt einen anderen Namen und kann auch bei sonstigen Namensänderungen von Exgatten und Kindern seine eigenen Interessen nicht einbringen. Geschützt wird in § 1616a Abs. 2 Satz 2 wie in § 1617 Abs. 3 BGB der neue Partner des »Bezugselternteils« vor dem durch Namensgleichheit hervorgerufenen Schein ehelicher Abstammung des Kindes von ihm⁶⁰. Abgemildert wird diese verfehlte Rechtspolitik beim nichtehelichen Kind durch die Möglichkeit der Einbenennung nach § 1618 Abs. 1 BGB – für das eheliche Kind ist dieser Weg jedoch nicht eröffnet: Das Kind bleibt zwingend auf dem Namen sitzen, den keiner seiner Elternteile führt! Das FamNamRG erweckt den Eindruck einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltungsgerichte (NÄG). Insgesamt ist der Gesetzgeber dem Phänomen instabiler, häufig wechselnder Familienkonstellationen nicht gerecht geworden. Der Vorschlag, hier mit dem Institut des *Begleitnamens* auch für das Kind zu helfen, liegt seit Jahren auf dem Tisch⁶¹ – der Gesetzgeber hingegen hat die bekannte Namensproblematik bei Stiefkindern nicht nur nicht gelöst, sondern um neue Konfliktsituationen erweitert⁶².

2. Nichteheliches Kind

Für das nichteheliche Kind bleibt es bei der im wesentlichen unveränderten Anknüpfung an den Mutternamen, § 1617 Abs. 1 BGB; den Vaternamen kann das Kind nur durch Einbenennung (§ 1618 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. BGB) oder Legitimation erhalten. Diese Regelung ist veraltet und wird im Rahmen der geplanten Kindschaftsrechtsreform durch ein Wahlrecht auch miteinander nicht verheirateter Eltern entsprechend § 1616 Abs. 2 BGB ersetzt werden müssen⁶³. Vom Übergang ausgeschlossen ist (wie stets) ein von der Mutter geführter Begleitname⁶⁴, hier mit der merkwürdigen Konsequenz, daß das außereheliche Kind einer verheirateten Mutter A – B zwingend den vom Nichtvater B abgeleiteten Namen trägt, nicht aber den persönlichen Namensbestandteil seiner Mutter führen darf⁶⁵.

Die Folge von Namenswechseln der Mutter war bisher schon in § 1617 Abs. 2 a.F. BGB geregelt; in ausgebauter Form ist dieses Anschlußmodell für das eheliche Kind übernommen worden (§ 1616a Abs. 1 u. 3 BGB), es kehrt jetzt auch im neuen § 1617 Abs. 2 u. 4 BGB wieder (warum kein Verweis auf § 1616a BGB?). Stehengeblieben sind die §§ 1617 Abs. 3, 1618 BGB, zwei insgesamt verfehlte Vorschriften⁶⁶. Spätestens hier wird deutlich, daß das FamNamRG das Namensrecht des nichtehelichen Kindes nicht eigentlich reformiert, sondern nur der Reform des Namensrechts der ehelichen Familie angepaßt hat – es bleibt auf die Kindschaftsrechtsreform zu hoffen. Den Lösungsweg eines Begleitnamens für das (Stief-)Kind anstelle der §§ 1617 Abs. 3, 1618 BGB hat sich der Gesetzgeber allerdings durch die phantasielose Vorschrift des § 1616a Abs. 2 BGB praktisch schon verbaut – es sei denn, man reformiert neben dem Kindschaftsrecht auch gleich wieder das FamNamRG. Auch in diesem Punkt sollten die Betroffenen künftig verstärkt auf die Institution des *Gebrauchsnamens* zurückgreifen⁶⁷.

3. Legitimiertes Kind

a) Elternheirat, § 1720

Heiraten die Eltern erst nach der Geburt des Kindes, so stellt sich für einen dadurch bedingten Namenswechsel des Kindes von vornherein die Frage des Persönlichkeitsschutzes.

aa) Ehename

Wählen die Eltern als Ehenamen den Namen des Vaters, so folgt das Kind nur nach Maßgabe des Anschlußmodells in § 1616a Abs. 1 u. 3 BGB (§ 1720 Abs. 1 BGB)⁶⁸. Schließt es

60 Vgl. *Staudinger/Coester*, § 1617 Rz. 51; s. noch unten bei Fn. 66.

61 Zuerst *Enste*, Die Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG unter besonderer Berücksichtigung der sogenannten Stiefkinderfälle, Diss. Münster 1983, S. 234 ff.; *Frauenstein*, StAZ 1984, 289; *Staudinger/Coester*, § 1616 Rz. 73; *Coester*, StAZ 1990, 287; *Schwenzer*, Gutachten 59. DJT (1992) A 61 f.

62 Krit. auch *Gernhuber/Coester-Waltjen*, a.a.O. Fn. 45, § 54 I 2. Ziel des Gesetzes war es – dem Rechtsausschuß zufolge –, die Möglichkeit des Kindes zu wahren, »seine individuelle Identität durch Identifizierung mit seiner Familie auszubilden« (BT-Drucks. 12/5982, S. 23) – dieses Ziel wurde weit verfehlt.

63 Näher *Coester*, StAZ 1990, 287, 289 ff.; *ders.*, Jura 1991, 580, 585. Wie beim Sorgerecht, wird auch beim Namen die Mutter-Präferenz als *Auffangregel* Fortbestand haben können.

64 Vgl. oben Fn. 26.

65 Vgl. *Diederichsen*, NJW 1976, 1169, 1175; *Gernhuber/Coester-Waltjen*, a.a.O. Fn. 45, § 54 I 3.

66 Vgl. oben bei Fn. 60, sowie *Staudinger/Coester*, § 1617 Rz. 51, § 1618 Rz. 2–8; *Coester*, StAZ 1990, 287, 289 ff.; der SPD-Entwurf (BT-Drucks. 12/617) wollte beide Vorschriften beseitigen.

67 Vgl. oben II. 3.

68 Bei elterlicher Zustimmungsverweigerung vgl. oben zu Fn. 38–41.

sich nicht an, führt es weiter den Mutternamen, aber nicht mehr nach § 1617 Abs. 1 BGB, denn es ist jetzt ein eheliches Kind. Die Auswirkungen späterer Namensänderungen der Mutter auf den Kindesnamen sind nach § 1616a Abs. 2 BGB, nicht nach §§ 1617 Abs. 2 u. 3 mit 1618 BGB zu beurteilen.

Wählen die Eltern den *Mutternamen* zum Ehenamen, so scheidet nach obigen Grundsätzen⁶⁹ ein »Namensanschluß« des Kindes von vornherein aus – der vom Kind fortgeführte Muttername leitet sich fortan automatisch vom Ehenamen der Eltern gem. § 1616 Abs. 1 BGB ab.

bb) *Getrennte Namen*

Behalten die Eltern trotz Heirat *getrennte Namen* bei, so können sie wie in § 1616 Abs. 3 BGB binnen eines Monats den Geburtsnamen des Kindes neu bestimmen, § 1720 Abs. 2 Satz 1 BGB. Die Frist beginnt nicht unbedingt, wie das Gesetz unbedacht sagt, »nach der Eheschließung«, sondern kann erst mit der *Vollendung der Legitimation* laufen. Diese setzt zweierlei voraus: Vaterschaftsfeststellung gem. § 1600a Satz 1 BGB und Heirat der Eltern. Folgt die Vaterschaftsfeststellung der Heirat nach, vollendet erst sie die Legitimation nach § 1719 BGB. Zwar wird dadurch das Kind rückwirkend ab Eheschluß ehelich⁷⁰. Für die Monatsfrist kann dies jedoch nicht gelten, schon weil der Standesbeamte eine Namensbestimmung durch Mutter und als Vater nicht festgestellten Ehemann nicht akzeptieren dürfte⁷¹.

Wird der *Vaternamen* gewählt, steht ein Namenswechsel des mindestens 5jährigen Kindes unter dem üblichen Vorbehalt seines Anschlusses, § 1720 Abs. 2 Satz 2 BGB.

Wählen die Eltern nicht fristgerecht, ist kein *Schlichtungsentcheid des VormG* vorgesehen (§ 1720 Abs. 2 BGB verweist nicht auf § 1616 Abs. 3 BGB). Das Kind behält also auch bei elterlicher Uneinigkeit ohne weiteres den Namen der Mutter, pointiert: Diese kann durch bloße Verweigerung ihren Namen als Kindesnamen durchsetzen. Die Namenskontinuität des Kindes kann kein Argument hierfür sein, denn den Persönlichkeitsbelangen des älteren Kindes trägt ohnehin der Anschlußvorbehalt Rechnung. Deshalb kann diese Regelung vor Art. 3 GG ebensowenig Bestand haben wie der im Jahre 1991 gefallene § 1355 Abs. 2 Satz 2 a.F. BGB.

Bleibt es nach alledem beim *Mutternamen*, entweder kraft elterlicher Wahl oder Nichtwahl, so wechselt doch auch hier die gesetzliche Ableitungsgrundlage: statt § 1617 Abs. 1 BGB fortan § 1616 Abs. 2 BGB.

Spätere Namensänderungen der Eltern beurteilen sich, da das Kind ehelich ist, unmittelbar nach § 1616a Abs. 2 BGB; eines Verweises bedurfte es deshalb in § 1720 BGB nicht.

b) *Ehelicherklärung, § 1737 BGB, und Brautkindlegitimation, § 1740f BGB*

Beide Vorschriften sind im wesentlichen unverändert geblieben; auch hier gilt für spätere Namensänderungen des »Bezugselternteils« ohne weiteres § 1616a Abs. 2 BGB⁷². Der Ausschluß der Namensfolge in heiratsbedingte Namenswechsel (§ 1616a Abs. 2 Satz 2 BGB) erscheint jedoch in besonderem Maße unpassend, denn es gibt keinen zweiten ehelichen Elternteil, auf den Rücksicht zu nehmen wäre. Heiratet der Vater nach Ehelicherklärung seines Kindes und wählt den Namen seiner Frau zum Ehenamen, so eröffnet das Familienrecht keine Möglichkeit der Namensfolge für das Kind⁷³. Eine gesetzgeberische Fehlleistung von schon verfassungsrechtlich relevantem Gewicht.

4. Adoptiertes Kind, § 1757 BGB

Nur angepaßt wurde der Namenserwerb des Kindes bei Adoption durch eine Einzelperson oder durch ein Ehepaar

(einschließlich der in § 1741 Abs. 2 Satz 2 BGB geregelten Variante), das einen *Ehenamen* führt, § 1757 Abs. 1 BGB: Der Familienname des oder der Annehmenden geht ohne weiteres auf das Kind über, vorbehaltlich der Hinzufügung des bisherigen Namens als Begleitnamen durch das VormG (§ 1757 Abs. 4 = § 1757 Abs. 2 a.F. BGB). Vergessen hat der Gesetzgeber dabei die in § 1355 Abs. 4 Satz 2 u. 3 BGB verfolgte Abwehr von Namensketten⁷⁴; die dortigen Beschränkungen wird man bei Doppelnamen der Annehmenden oder bei bisherigen Doppelnamen des Kindes analog anwenden müssen. Spätere Namenswechsel der Adoptiv-eltern beurteilen sich auch hier unmittelbar nach § 1616a Abs. 2 BGB.

Neu ist die Regelung für Adoptionen durch *Ehegatten mit getrennten Namen*, § 1757 Abs. 2 BGB. Diese haben vor dem Adoptionsdekret (§ 1752 Abs. 1 BGB) den Namen des Kindes entsprechend § 1616 Abs. 2 BGB zu bestimmen; tun sie dies nicht, entscheidet nicht das VormG gem. § 1616 Abs. 3 BGB, vielmehr kann die Adoption nicht ausgesprochen werden. Ist das Kind älter als fünf Jahre, so gilt das übliche Anschlußmodell, § 1757 Abs. 2 Satz 2 BGB. Auch die Anschlußerklärung muß vor dem Adoptionsdekret abgegeben werden, als gesetzlicher Vertreter handelt dabei i.d.R. das Jugendamt als Vormund (§ 1751 Abs. 1 BGB).

Diese Vorschrift ist dem Grundsatz nach überraschend: Hier kann sich das ältere Kind also gegen die Übernahme des Adoptivnamens wehren, anders als bei einem Ehenamen der Annehmenden oder bei Einzeladoptionen; schließt es sich nicht an, führt es den bisherigen Namen weiter. Dient dieser Systembruch als Sanktion gegen die Ehegatten, die entgegen dem Wunsch des *Gesetzgebers* keinen Ehenamen gewählt haben?⁷⁵

IV. Internationales Privatrecht

Nur noch ein kurzer Blick kann auf das IPR geworfen werden: Die furchterregende Vorschrift des Art. 10 a.F. EGBGB wird wesentlich zusammengestrichen (Abs. 2 wird thematisch erweitert, Abs. 3 und 4 entfallen), und auch die gut versteckten Regelungen in Art. 220 Abs. 4 und 5 EGBGB für gemischt-nationale Ehen sind aufgehoben.

Für den *Namen der Ehegatten*, von denen auch nur einer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, eröffnet Art. 10 Abs. 2 EGBGB jetzt unabhängig von Inlands- oder Auslandsheirat die Rechtswahl zugunsten eines ihrer Heimatrechte oder des deutschen Aufenthaltsrechts⁷⁶. Eine *Frist* zur Rechtswahl enthält das Gesetz nicht: Der Entwurf des *BJM* hatte bewußt von einer Befristung abgesehen, weil auch das materielle Recht im damaligen Entwurfszustand die nachträgliche Namenswahl unbefristet erlaubte⁷⁷. Bei der

69 1. a) bb).

70 *Staudinger/Göppinger*, § 1719 Rz. 28 m. w. N.

71 So im Ergebnis auch *Gernhuber/Coester-Waltjen*, a.a.O. Fn. 45, § 67 II 5.

72 Deshalb werden die Verweisungen in §§ 1737 Satz 3 a.F. und 1740f Abs. 3 a.F. BGB gestrichen.

73 Einbenennung scheidet aus, s. oben nach Fn. 60.

74 Oben II. 1. e); § 1757 Abs. 2 a.F. BGB ist inhaltlich unverändert geblieben!

75 Krit. *Gernhuber/Coester-Waltjen*, a.a.O. Fn. 45, § 68 IX 4.

76 Eine allseitige Anknüpfung an das Aufenthaltsrecht ist in dem dem Gesetz zugrunde liegenden Entwurf des *BJM* (Rundschreiben vom 29. 4. 1992) erwogen, aber ausdrücklich abgelehnt worden, (ebd. S. 9) – dies wird bei der künftigen Diskussion um einen allseitigen Ausbau von Art. 10 Abs. 2 Nr. 2 EGBGB (vgl. dazu *Heping/Gaaz*, vor § 3 PStG, § 13a EheG Rz. 187) zu beachten sein.

77 Entwurf *BJM* (vgl. vorstehende Fn.) S. 10.

späteren Änderung der materiellen Regelung ist offensichtlich vergessen worden, die kollisionsrechtliche Bestimmung des Art. 10 Abs. 2 EGBGB dem anzupassen. Da die Fristen des materiellen Rechts (§§ 1355 Abs. 3 Satz 2 BGB; 13a Abs. 2 EheG) erst laufen können, wenn deutsches Recht anwendbar ist, könnten demnach ausländische oder deutsch/ausländische Ehegatten auch nach Jahrzehnten noch deutsches Recht und dann erst *nach* deutschem Recht einen Ehenamen wählen. Dies wäre rechtspolitisch gut vertretbar, ist aber offenkundig systemwidrig. Die Entwurfsverfasser wollten eine Gleichschaltung von kollisionsrechtlicher Rechtswahl und materiellrechtlicher Namenswahl⁷⁸, und auch das Übergangsrecht zu Art. 10 EGBGB eröffnet nur befristete Optionen (Art. 7 § 5 FamNamRG). Man wird deshalb die zeitlichen Beschränkungen des materiellen Rechts in Art. 10 Abs. 2 EGBGB analog »hineinlesen« müssen.

Beim *Kindesnamen* (jetzt Art. 10 Abs. 3 u. 4 EGBGB) wird die bisher nur ausländischen Eltern mögliche Rechtswahl auch dem deutsch/ausländischen Elternpaar eröffnet: Damit kann jedenfalls für den deutschen Rechtsbereich eine maßgebliche Namensgrundlage geschaffen werden, auch wenn das Kind (wie regelmäßig) doppelte Staatsangehörigkeit hat⁷⁹. Gewählt werden kann, wie bisher, das Heimatrecht eines der Elternteile oder das deutsche Aufenthaltsrecht zumindest eines von ihnen – dies allerdings nur bis zur Beurkundung der Geburt (vgl. § 16 PStG). Eine Erstreckung dieser Rechtswahl auf alle künftigen Kinder (entsprechend § 1616 Abs. 2 Satz 3 BGB) ist in Art. 10 Abs. 3 EGBGB nicht angeordnet – die Eltern können also das erste Kind ausländischem Namensrecht, das zweite Kind deutschem Namensrecht unterstellen. Hierin liegt erneut eine Unstimmigkeit im gesetzlichem System.

Für nichteheliche Kinder (jetzt Art. 10 Abs. 4 EGBGB) gilt dasselbe wie im materiellen Recht (oben III. 2.): die eigentliche Sachreform steht noch aus.

V. Übergangsrecht

Dem Hinweis des *BVerfG* folgend⁸⁰ hat der *Gesetzgeber* die neuen Gestaltungsmöglichkeiten auch den »Altehen« ohne Rücksicht auf Datum der Eheschließung und bisherige Namensführung zugänglich gemacht. Die Übergangsregelungen in Art. 7 FamNamRG gewähren vom Inkrafttreten des Gesetzes ab insoweit ein einjähriges (für die kollisionsrechtliche Rechtswahl ein zweijähriges) Optionsrecht. Dies gilt auch für Ehegatten und Kinder, die ihren bisherigen Namen nach *DDR*-Recht erworben hatten. Im einzelnen wird geregelt:

- Der Übergang von einem bisherigen Ehenamen zu getrennten Namen (Geburtsnamen oder vor der Eheschließung geführten Namen), einschließlich der dann nötigen Namensbestimmung für gemeinsame minderjährige Kinder (Art. 7 § 1 FamNamRG)⁸¹;
- die Neubestimmung eines vorhandenen Ehenamens nach den Grundsätzen der Neufassung des § 1355 (Art. 7 § 2 FamNamRG);
- eine entsprechende Neubestimmung des Kindesnamens, auch wenn die Eltern bisher schon getrennte Namen führten (Art. 7 § 3 FamNamRG)⁸²;
- eine Anpassung des geführten Begleitnamens an die neue Regelung (Widerruf; Voranstellung oder Anfügung, Art. 7 § 4 FamNamRG);

– eine (u.U. erneute) kollisionsrechtliche Rechtswahl für den Ehenamen nach Art. 10 Abs. 2 EGBGB und die Nachholung einer Namensbestimmung für das Kind nach Art. 10 Abs. 3 Nr. 1 EGBGB in deutsch/ausländischen Ehen, denen die Rechtswahl bisher nicht offenstand (Art. 7 § 5 FamNamRG).

Nichts in der gesetzlichen Übergangsregelung deutet darauf hin, daß diese Optionsrechte nur für Namensgestaltungen gelten sollen, die nach bisherigem Recht nicht möglich waren. Es braucht deshalb nicht darüber spekuliert zu werden, welche der bisherigen Namensführungen direkt oder indirekt von der verfassungswidrigen Regelung des § 1355 Abs. 2 Satz 2 a.F. BGB beeinflusst sind – der *Gesetzgeber* hat den Reformanlaß »überschießende« Optionsrechte in Kauf genommen. Innerhalb der Jahresfrist können deshalb Ehenamen oder Begleitnamen auch schlicht gewechselt werden.

VI. Fazit

Das neue Gesetz sieht schon am Tag seines Inkrafttretens recht alt aus – statt eines großen Wurfes ist ein ängstlich den überkommenden Strukturen verhaftetes, bürokratisches und zudem stellenweise mangelhaft durchdachtes Werk zustande gekommen. Gewiß, eine Ideallösung hat sich auch nach intensiven Reformdiskussionen nicht abgezeichnet, aber eine an den Grundfunktionen des Personennamens⁸³ orientierte Gesamtkonzeption des *Gesetzgebers* hätte man wohl doch erwarten dürfen. Namensrechtler und mit dem NÄG beschäftigte Behörden und Gerichte werden jedenfalls »dankbar« einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen⁸⁴. Man wird aber letztlich auch mit diesem Gesetz zu leben wissen – die offengebliebenen Namensbedürfnisse der Bevölkerung sollten mit dem verstärkten Einsatz von »Gebrauchsnamen« befriedigt werden.

Prof. Dr. Michael Coester, Juristisches Seminar der Georg-August-Universität, Platz der Göttinger Sieben 6, 37073 Göttingen

78 Vgl. vorstehende Fn.

79 Knüpft der ausländische Heimatstaat des Kindes anders an und anerkennt die Rechtswahl der Eltern nicht, kann es allerdings weiterhin zu »hinkender Namensführung« kommen.

80 Oben Fn. 8; vgl. auch *Boehmke*, FuR 1991, 181, 186.

81 Persönlichkeitsschutz des Kindes entspr. § 1616a Abs. 2 u. 3 BGB; ein *Wahlzwang* besteht nicht, bei Nichtwahl binnen eines Monats nach dem elterlichen Namenswechsel behält das Kind einfach seinen bisherigen Namen.

82 Es handelt sich um eine *Kann*-Bestimmung: Ein nach der Übergangslösung des *BVerfG* 1991 erworbener *Doppelname* hat demnach Bestand, wenn die Eltern nichts anderes wählen: Da die Übergangslösung bis zum Inkrafttreten des FamNamRG gilt, können bis zum 1. 4. 1994 auch noch Doppelnamen erworben werden.

83 Dazu *Coester*, StAZ 1984, 298f.; *Schwenzer*, FamRZ 1991, 390, 394.

84 Anregungen, die bislang öffentlich-rechtliche Namensänderung nach dem NÄG aus Gründen des Sachzusammenhangs den Familiengerichten zu übertragen (Nachw. bei *Staudinger/Coester*, § 1616 Rz. 73), sind offenbar nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.